



Aktenzeichen: CDU

Datum: 02.09.2020

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Schülerbeförderung sicherstellen – Gemeinsam mit dem Land verantwortlich handeln
hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Covid-19-Pandemie stellt uns in vielen Bereichen vor erhebliche Herausforderungen. Gerade als Stadt leisten wir vor Ort einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Krise. Dies gilt beispielsweise für die Schaffung von Schutzausrüstung, die Verhinderung von weiteren Infektionsketten durch die Gesundheitsämter oder die Umsetzung von Hygieneplänen in den Schulen und Kindertagesstätten.

Anstatt uns in gerechtem Umfang zumindest finanziell zu unterstützen, fehlt der gemeinschaftliche Schulterschluss mit der Landesregierung. Dies liegt daran, dass Verordnungen ohne die Einbeziehung der Kommunen beschlossen werden und diese dann allein für deren Umsetzung verantwortlich sind. Gerade im Schülerverkehr stellt dies vor allem die Städte und Kreise vor erhebliche – ja wegen der mangelnden ausreichenden Finanzausstattung unerfüllbare Herausforderungen.

Aus diesem Grund möge der Rat beschließen:

1. Der Stadtrat und der Oberbürgermeister fordern die Landesregierung auf, die Stehplatzquote im Schulgesetz so anzupassen, dass diese auf Null sinkt und mittels einer entsprechenden Verordnung die dafür notwendige finanzielle Beteiligung zu erhöhen. Damit kommen das Land und die Kommunen ihrer Verantwortung für eine sichere Schülerbeförderung gemeinschaftlich nach.
2. Der Stadtrat und der Oberbürgermeister fordern die Landesregierung auf, ein Konzept für einen zukunftssicheren Schülerverkehr ohne Stehplätze für Schüler zu entwickeln.
3. Der Stadtrat und Oberbürgermeister fordern die Landesregierung auf, eine entsprechende Aufstockung des Kommunalen Finanzausgleichs vorzunehmen, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, den individuellen Gegebenheiten vor Ort gerecht zu werden. Hiermit kann schnellstmöglich den Gegebenheiten vor Ort Rechnung getragen werden und bereits jetzt eine Anpassung im Bereich der Schülerbeförderung vorgenommen werden.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung:

Die COVID-19-Pandemie stellt die Kommunen gerade im Bereich der Schülerbeförderung vor erhebliche Herausforderungen. Dies betrifft zwar überwiegend den ländlichen Raum, führt jedoch auch in Städten dazu, dass Schülerinnen und Schüler gerade in Corona-Zeiten eng aneinander stehen müssen und Schutzmaßnahmen nicht ergreifen können. Die von der Landesregierung nach langem Zögern geplanten 250 Busse werden sicherlich nicht flächendeckend reichen, um die Aufgabe, zukünftig Stehplätze zu vermeiden, ordnungsgemäß bewältigen zu können.

Bereits vor Corona waren Schulbusse überfüllt. Aufgrund der steigenden Kosten und der schlechten Finanzausstattung der Stadt Frankenthal bedeutet die zusätzliche Einrichtung von Buslinien und die Zurverfügungstellung weiterer Busse einen erheblichen Kraftakt für die Stadtverwaltung. Aus diesem Grund müssen nun Land und Kommunen in einem gemeinsamen Kraftakt die Situation nutzen, um einen zukunftsicheren und an den Schülerinnen und Schülern ausgerichtete Schülerbeförderung zu entwickeln. Ziel muss es sein, Stehplätze zukünftig zu vermeiden, hierfür muss das Land seine Verordnung ändern und die Zusatzkosten übernehmen. Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler muss im Mittelpunkt stehen, das Land ist dabei in der Pflicht.

Gabriele Bindert
Fraktionsvorsitzende